



Heinz Paula

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, JKH 3.650, 11011 Berlin

☎ 030 – 227 77239

📠 030 – 227 76011

✉ heinz.paula@bundestag.de

Wahlkreisbüro, Schaezlerstr. 13, 86150 Augsburg

☎ 0821 – 30 1 27

📠 0821 – 30 1 87

✉ heinz.paula@wk.bundestag.de

Pressemitteilung

Schlachthöfe

Bundesregierung muss umgehend handeln

Berlin, 21. April 2010 - Zu dem heutigen Bericht der Bundesregierung im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu den Fehlentwicklungen in Schlachthöfen erklärt der zuständige Berichterstatter und Tierschutzbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Heinz Paula:

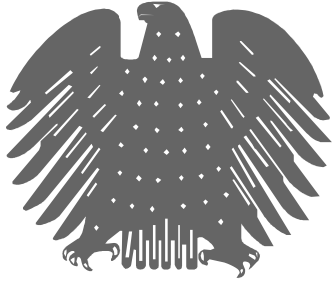
1% der Schweine (ca. 500 000 Tiere) im Jahr und 4 bis 7 % der Rinder erleiden vor und während des Schlachtens furchtbare Qualen, weil die Betäubung fehlgeschlagen oder nicht lange genug angehalten hat. Auch das vorgeschriebene vollständige Ausbluten der Tiere ist nicht immer gewährleistet.

Das ist ein eklatanter Verstoß gegen unser Tierschutzgesetz. Es verbietet betäubungsloses Schlachten von Tieren, die Tierschutz-Schlachtverordnung sieht strenge Kontrollen vor.

Ursachen sind die Entwicklungen in Schlachthöfen: Massenschlachtungen von bis zu 1500 Schweinen in der Stunde aufgrund hoher Taktzahlen, ungenügende Qualifikation des Personals, Arbeitsüberlastung und mangelnde beziehungsweise schlecht durchgeführte Kontrollen.

Die Missstände in Schlachthäusern geht auch zu Lasten der Verbraucher. Die Qualität des Fleisches leidet durch mangelhaftes Ausbluten.

Bundesministerin Aigner hat die Missstände bestätigt, aber reagieren will sie nicht. Stattdessen verweist sie auf die EU-Verordnung zum Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung. Die EU-Verordnung, die strengere Vorschriften in Schlachthöfen vorschreibt, muss von den Mitgliedsstaaten bis 2013 umgesetzt werden. Das reicht nicht.



Heinz Paula

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, JKH 3.650, 11011 Berlin

☎ 030 – 227 77239

📠 030 – 227 76011

✉ heinz.paula@bundestag.de

Wahlkreisbüro, Schaezlerstr. 13, 86150 Augsburg

☎ 0821 – 30 1 27

📠 0821 – 30 1 87

✉ heinz.paula@wk.bundestag.de

Pressemitteilung

Vielmehr ist umgehendes Handeln gefordert. Darüber war man sich in der heutigen Ausschusssitzung über alle Fraktionen hinweg einig. Daher fordern wir die Bundesregierung nachdrücklich auf, die verschärften Vorgaben der EU sofort umzusetzen und die für Kontrollen zuständigen Länder zu verpflichten, diese auch durchzuführen. Verbesserte Arbeitsbedingungen kommen letztlich auch den Mitarbeitern zu Gute.